



PIRATENMAGAZIN

Sonderausgabe: Freiheit statt Angst

Überwachung für alle

Nach Plänen von Union und SPD soll ab Mitte 2007 zur verbesserten Strafverfolgung nachvollziehbar werden, wer mit wem in den letzten sechs Monaten per Telefon, Handy oder E-Mail in Verbindung gestanden hat. Bei Handy-Telefonaten und SMS soll auch der jeweilige Standort des Benutzers festgehalten werden. Anonyme E-Mail-Konten und Anonymisierungsdienste sollen verboten werden.

Mit Hilfe der gespeicherten Daten können Bewegungsprofile erstellt, geschäftliche Kontakte rekonstruiert und Freundschaftsbeziehungen identifiziert werden. Auch Rückschlüsse auf den Inhalt der Kommunikation, auf persönliche Interessen und die Lebenssituation der Kommunizierenden werden möglich. Zugriff auf die Daten sollen Polizei, Staatsanwaltschaft und ausländische Staaten erhalten.

Derzeit dürfen Telekommunikationsanbieter nur die zur Abrechnung erforderlichen Verbindungsdaten speichern. Dazu gehören Standortdaten und Email-Verbindungsdaten nicht. Der Kunde kann verlangen, dass Abrechnungsdaten mit Rechnungsversand gelöscht werden. Durch die Benutzung von Pauschaltarifen kann eine Speicherung zudem bisher gänzlich vermieden werden, was etwa für Journalisten und Beratungsstellen wichtig sein kann.

Wo liegt das Problem?

Die aktuellen Pläne zur Aufzeichnung von Informationen über die Kommunikation, Bewegung und Mediennutzung jedes Bürgers stellen die bislang

größte Gefahr für unser Recht auf ein selbstbestimmtes und privates Leben dar. Unter einer Vorratsdatenspeicherung würden wir alle leiden. Eine Vorratsdatenspeicherung ...

... greift unverhältnismäßig in die persönliche Privatsphäre ein.

... beeinträchtigt berufliche Aktivitäten (z.B. in den Bereichen Medizin, Recht, Kirche, Journalismus) ebenso wie politische und unternehmerische Aktivitäten, die Vertraulichkeit voraussetzen. Dadurch schadet sie letztlich unserer freiheitlichen Gesellschaft insgesamt.

... verhindert Terrorismus oder Kriminalität nicht. Sie ist unnötig und kann von Kriminellen leicht umgangen werden.

... verstößt gegen das Menschenrecht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung.

... ist teuer und belastet Wirtschaft und Verbraucher.

... diskriminiert Nutzer von Telefon, Mobiltelefon und Internet gegenüber anderen Kommunikationsformen.

Stand der Dinge

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries treibt derzeit einen Gesetzentwurf zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland voran. Die Pläne werden von Union und SPD unterstützt. Zunehmend wird aber auch in der Politik gefordert, mit einer Vorratsdatenspeicherung zumindest solange zu warten, bis der Europäische Gerichtshof über ihre Rechtmäßigkeit entschieden hat.

Quelle: Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung; Lizenz CC-BY-2.0

Was uns erwartet

Aktuelle Gesetzesvorlagen und politische Absichtsbekundungen ihre Freiheit zu beschneiden, ihre Selbstbestimmung zu untergraben und ihr Intimstes in staatliche Schubladen wandern zu lassen:

1. Protokollierung aller **Telefonate, Kurznachrichten, Aufenthaltspositionen des Handys, E-Mails und Internetzugriffe** für 6 bis 24 Monate; automatisierter Zugriff durch Polizei, Geheimdienste und das Ausland
2. **Fingerabdruck** im Ausweis und damit verpflichtend für alle Bürger; der neue Ausweis kann per Funk, ohne Zutun des Trägers, ausgelesen werden
3. heimlicher, dauerhafter **Zugriff auf private Computer** durch Einsatz von Trojanern
4. Registrierung aller **Kennzeichen** auf allen Autobahnen und einigen Bundesstraßen durch Öffnung der Mautdaten. Automatischer Zugriff darauf **wer, wann, wohin** gefahren ist
5. Internationaler **Austausch der Gen- und Fingerabdruckdatenbanken**

6. **Elektronische Gesundheitskarten** erfordern die zentrale Speicherung der Krankenakten der gesamten Bevölkerung

7. **Verbot pseudonymer Nutzung** von Internetdiensten: Registrierungszwang mit Ausweispflicht

8. ständiger Zugriff auf private Überwachungskameras durch die Polizei zum kosteneffizienten Aufbau einer flächendeckenden Überwachung

9. Strafbarkeit des Empfanges verfassungsrechtlich bedenklichen Materials. Diese Bedenklichkeit kann man aber in der Regel erst nach Empfang feststellen

10. **Zentralisierung** aller Meldedaten in eine einzelne Datenbank mit geringen Zugriffsbeschränkungen

Angst vor der Moderne

Jüngst hat Bundesinnenminister Schäuble den Gegnern seiner umfassenden Überwachungspläne unterstellt, sie würden nur aus Angst vor der Moderne protestieren. Ein durchschaubarer rhetorischer Kniff, denn indes ist genau das Gegenteil der Fall.

Zum einen rekrutieren sich viele Gegner der orwellischen Maßnahmen aus Gruppen, die die Moderne besser kennen: junge Generationen und technisch affine Personen. Menschen, die sich bereits seit Jahrzehnten mit modernen Kommunikationsmitteln und Informationstechnologie beschäftigten und die Konsequenzen ihrer Manipulation besser einschätzen können. Herr Schäuble redet hier als Außenstehender über ein Fachgebiet, dass er als Medium von Verbrechern mißverstehet.

Im Gegenzug zeigen seine Maßnahmen, dass er Angst leidet vor der Unmittelbarkeit weltumspannender Kommunikation. Entgegen seiner Beteuerung, versucht er die dadurch gewonnene Freiheit nicht durch Sicherheit zu schützen, sondern sie durch Kontrolle zu beschneiden, wo er sie nicht ertragen kann. Als

Vertreter einer freiheitlichen Gesellschaftsauffassung widersprechen wir dieser Hysterie zutiefst. Jede Freiheit ermöglicht ihren Mißbrauch, ohne deswegen an Berechtigung zu verlieren.

Den ersten Lokomotiven begegnete man mit großer Angst: der Mensch sei nicht geschaffen für derartige Geschwindigkeiten, er könne mit den neuen Möglichkeiten nicht umgehen. Aber die Ingenieure der Zukunft ließen sich von der Zaghaftheit des Vergangenen nicht abhalten. Die Eisenbahn verband als bald Kontinente und schweißte räumlich getrennte Menschen zusammen. Analog bietet heute die elektronische Kommunikation die Möglichkeit eine ganze Welt zu verbrüdern. Diese Freiheit gilt es zu fördern, nicht zu verbieten. Herr Schäuble: wir sind die Moderne, ihr Zug ist abgefahren.

Jan Huwald
Piratenpartei Deutschland



Interview mit einem konvertierten Piraten

Peter Schrade war bis vor kurzem noch engagiertes Mitglied der SPD. Deren kontinuierliche Zustimmung zur Vertiefung der Überwachung brachte ihn zum Bruch mit der

Partei. Heute engagiert er sich bei den PIRATEN für Freiheit und gegen die Überwachungsgesellschaft. Mirco Da Silva sprach mit ihm über seine Motivation.

Seit wann empfindest Du Überwachungsdruck?

Wenn ich mich richtig erinnere, bin ich über die Vorratsdatenspeicherung gestolpert. Da ich mich damals auch weiter informieren wollte, hatte ich "meinen" SPD-Bundestagsabgeordneten angesprochen. Dieser wusste nicht mal worüber ich sprach und hat dann mich um Informationen gebeten. Das war der Moment, wo ich mir gedacht habe: "Hey, was geht denn hier ab?" Dann habe ich noch eine Mail an den EU-Abgeordneten geschrieben. Auf die Antwort warte ich bis heute. Erste brauchbare Informationen habe ich dann von Bettina Winsemann bekommen. Eingeweihte dürften wissen, dass Sie eine Verfassungsklage gegen die VDS angestrengt hat.

Welche Maßnahmen überschreiten Deine Schmerzgrenze?

Das ist schwierig zu sagen. Da die heimliche Online-Durchsuchung schon stattgefunden hat und vermutlich immer noch durchgeführt wird, ist die Schmerzgrenze schon lange überschritten. Das eigentliche Problem ist doch, dass man häufig nicht beurteilen kann, welche Auswirkung die Maßnahmen haben, bzw. haben können. Und da muss ich auch den Durchschnittsbürger in Schutz nehmen, der diese Überwachung als richtig empfindet. Er kann es einfach nicht beurteilen, weil ihm die Information fehlt und er deshalb die Auswirkung nicht beurteilen kann. Aber die Frage bezog sich ja auf meine Schmerzgrenze. Im Grunde ist sie dort, wo die gesammelten Daten über Automatismen unkontrolliert analysiert und gemischt werden können. Dort, wo sowas möglich ist, dürfen Daten gar nicht erst gesammelt werden, denn was möglich ist, wird auch gemacht. Aber ohne Daten ist es gar nicht erst möglich. Und eine Bürger heimlich zu durchsuchen ist für mich ein No-Go. Dies war ja auch der

ausschlaggebende Punkt meine Mitgliedschaft bei der SPD zu kündigen.

Was sind Deine Maßnahmen zum Schutz Deiner Privatsphäre?

Was soll ich sagen? Ich habe nichts zu verbergen, außer den Dingen, die bisher schon geschützt waren. Zumindest nichts, was zur Zeit von Bedeutung wäre. Und da ist ja der Haken. Was heute noch erlaubt ist, kann morgen schon kriminell sein. Meiner derzeitigen Maßnahmen sind eigentlich ganz normal. Mein PC ist über Router und Firewall ans Internet angebunden. Kryptographie nutze ich nicht. Meine Tochter hat jetzt ihren ersten Personalausweis bekommen, aber das Foto ist so schlecht, dass es biometrisch nicht nutzbar ist. Einziges Problem: Sie ist in die USA eingeladen worden und hat daher auch einen Pass bekommen. Ich habe sie vorher über die Probleme aufgeklärt. Aber es ist schließlich ihre persönliche Entscheidung. Vielleicht wird es Dich wundern, aber ich nutze sogar eine Payback-Karte. Man sieht, dass ich eigentlich wie jeder normale Bürger handle, Aber genau so soll es auch sein und bleiben. Wenn es soweit kommt, dass man sich vor dem Staat schützen muss, dann ist es zu spät.

Welche Alternativen zur Überwachung schlägst Du vor?

Keine. Eine Überwachung, die alle Bürger umfasst, darf es nicht geben. Eine Überwachung muss immer eine Einzelmaßnahme mit kompetentem, richterlichen Beschluss bleiben. Zumindest gilt das für die staatliche Überwachung. Wenn wir aber über Kriminalprävention reden, so ist der Bürger gefragt. Civil-Courage fängt da an, wo man schon mit einem Telefongespräch (Polizei) helfen kann. Man muss sich dafür nicht selbst in unmittelbare Gefahr begeben. Es gibt noch viele andere Möglichkeiten. Seine Kinder kann man schützen, indem sichergestellt ist, dass Sie nicht alleine unterwegs sind. Überfälle mit Zeugen sind nicht sehr angenehm für den Täter. Meine Kinder werden im Zweifel gefahren. Dabei kann man sich sehr gut mit anderen Eltern abwechseln. In Gebieten mit sozialen Brennpunkten muss die Kommune tätig werden. Von alleine wird sie es häufig nicht machen. Bürgerinitiativen sind hier gefragt, um entsprechende Forderungen zu stellen. Dabei nützt es wenig, Polizei-Präsenz zu fordern, sondern es müssen die sozialen Probleme behoben werden. Sonst verlagert sich der Brennpunkt nur. Das sind dann die selben Ergebnisse, die eine Kamera-Überwachung verursacht. Es gibt noch viele Beispiele dieser Art. Aufklärung, Ursachenbekämpfung und Initiative sind meiner Meinung nach die besten Möglichkeiten. Eine Überwachung ist nur dort nötig, wo es Missstände gibt. Behebt man diese, so erübrigt sich jede Form der Überwachung. Aber dies ist sicher genauso ein Ideal, wie die totale Überwachung. Die Lösung wird irgendwo dazwischen liegen.